

Beschlüsse der Bürgerschaft

vom 13., 20., 27. Januar, 3. und 10. Februar.

Budget für 1875.

Nachdem die Bürgerschaft das Budget für 1875 mit den dazu gehörenden Specialbudgets und Berichten, sowie die darauf bezügliche Mittheilung des Senats vom 29. December v. J. nebst den darin enthaltenen Anträgen eingehend geprüft und berathen hat, ist sie freilich mit dem Senat über die Nothwendigkeit schon jetzt zu treffender Vorkehrungen zur Beseitigung des aus den Voranschlägen sich ergebenden Deficits einverstanden, auch nöthigenfalls bereit, zu sämmtlichen vom Senat dazu als nöthig erachteten vier Maßregeln die Hand zu bieten; sie glaubt jedoch, daß, wenn auch gegen die erste, dritte und vierte dieser Maßregeln keine Einwendungen zu erheben sind, eine Beschlußfassung über die zweite insofern noch verfrüht sei, als sich bei der erst im Februar oder März zu erwartenden Abrechnung der Generalkasse über das Jahr 1874 noch nicht übersehen läßt, wie weit etwa die sich ergebenden Ueberschüsse zur Deckung des veranschlagten Deficits oder zur Bestreitung beantragter Anlagen reichen.

Sie muß sich daher betreffs der Anträge des Senats (Seite 656 und 657 der Verhandlungen) über No. 7 derselben ihre Beschlußfassung noch vorbehalten, bis die vorerwähnte Abrechnung vorliegt und sich darnach der Betrag der etwaigen Ueberschüsse aus der Verwaltung des Jahres 1874 übersehen und die Größe des noch durch die Einkommensteuer zu deckenden Bedarfs genau beurtheilen läßt, giebt denselben aber im Uebrigen (No. 1—6 und 8) schon jetzt ihre Zustimmung, so weit sie etwa nicht durch ihre nachstehenden Beschlüsse zu einzelnen Positionen des Budgets modificirt sind.

Sie macht ferner noch auf folgende leichte Unrichtigkeiten in der Budgetvorlage aufmerksam.

I. Im Generalbudget

ist unter „ordentliche Ausgaben“ Cap. I, Pos. 4 der Anschlag für 1875 mit M. 760,358.47 statt mit M. 759,358.47 einzustellen und Cap. VIII, Pos. 9 zu dem Anschlage 50 S. hinzuzufügen.

II. In den Specialbudgets

lese man in No. 32 unter 21 „Maximum des Normalgehalts“ 2080 statt 2800, und „Datum der Anstellung“ 72 Februar statt 67 Februar; auch dürfte der betreffende Beamte dem Vernehmen nach nicht hier unter „Wasserbau“, sondern auf der folgenden Seite unter „Schlachte- und Brückenbau“ einzustellen sein;

ferner unter 84 „Gehalt für 1875“ M. 6645.53 statt M. 6695.83;

sodann unter 179 „Datum der Anstellung“ 72 December statt 63 November,

und schließlich unter 317b. in der Bemerkung 323 statt 324; sowie am Schlusse des Verzeichnisses der pensionsberechtigten Beamten „von den Gas- und Wasserwerken zu ersetzen“ M. 38,900 statt 36,900;

in No. 37 „Continenrente“ M. 7473.21 statt M. 7437.21;

in No. 42 am Schluß der Aufstellung der Gehalte für einen „zweiten Turnlehrer“ statt für zwei Turnlehrer;

in No. 49 III. für die Landschulen u. s. w. in der Linie M. 114,000 und die folgenden Posten vor der Linie bis IV;

in No. 53 unter 6, zwölf Feuermänner statt neun;

in No. 69 nach IV. Dazu III.: M. 37,245.50 statt 37,245; und Total M. 313,725.50 statt M. 313,725;

in No. 70 sub X Schreiber Kuhlmann angestellt 1870 statt 1874;
 in No. 90 am Schluß vacat M. 700;
 in No. 97 unter 2. Zeile 3—:1 zu M. 1200 statt 3 zu M. 1200;
 in No. 105 Bote Brünning M. 400 statt M. 4000, und
 in No. 121 als Summe M. 70,675 statt M. 70,674.

In Betreff künftiger Aufstellung des Budgets hält auch die Bürgerschaft eine Aufstellung des Budgets nach den Zwecken der Ausgaben, so wie die Finanzdeputation es vorschlägt für übersichtlicher und besser als die bisherige Weise, vorausgesetzt, daß die für die Zwecke jedes Verwaltungszweiges anzusetzenden Ausgaben, sowie die veranschlagten Kosten der Verwaltung und der Bedarf an Gehalten so gesondert gehalten werde, daß sich aus der Aufstellung der Gesamtbedarfe eines jeden dieser Theile ergibt. Dabei würde die Bürgerschaft jedoch den gewöhnlichen allgemeinen Etat der Gehalte und Pensionen ungern entbehren.

Zu den einzelnen Positionen des Budgets erklärt sie sich wie folgt:

Außerordentliche Einnahmen

II. Capitel. Außerordentliche Zinsen. 2. Stückzinsen der Anleihe von 1874. Mit Erhöhung dieses Postens auf M. 472,500 ist die Bürgerschaft einverstanden, ebenso zu

IV. Cap. Vermischte Einnahmen.

7. Reichspapiergeld, mit Herabsetzung auf M. 358,162.

Ordentliche Einnahmen.

I. Cap. Von Eigenthum und Rechten. 7. Verwaltung der öffentlichen Grundstücke.

Die Bürgerschaft empfiehlt der verwaltenden Deputation, bei der demnächstigen Erneuerung des Pachtvertrages Bedacht zu nehmen, daß der im Specialbudget No. 6 unter 4 eingestellte Posten „von den Pächtern der Braunschweiger Lotterie“, den Verhältnissen entsprechend erhöht werde.

8. Krähnpacht.

Nach dem Ergebnisse der jüngst stattgefundenen öffentlichen Verpachtungen wird dieser Anschlag auf M. 8,100 herabzusetzen sein.

12. Häfen in der Stadt.

Die Bürgerschaft wünscht, daß die Deputation für Häfen und Eisenbahnen darüber berathe und berichte, ob nicht aus den zur Lagerung von Hölzern eingeräumten Wasserflächen ein höherer Ertrag zu erzielen sei.

Ferner ersucht die Bürgerschaft den Senat, sämmtliche dem Staat oder der Stadt Bremen gehörige Gebäude und Grundstücke, mit Einschluß der speciell zu schätzenden Dienstwohnungen, behufs besserer Uebersicht des in demselben stekenden Werthes einer Reutagierung unterziehen und ihr das Resultat demnächst in einem Verzeichnisse zugehen zu lassen.

III. Cap. Indirecte Abgaben.

14. Hunde.

Die Bürgerschaft beantragt eine Verdoppelung der Hundesteuer vom 1. Januar 1876 an.

IV. Cap. Weg- und Canalgelder.

Indem die Bürgerschaft sich für Aufhebung der Weggeldabgabe vom 1. Januar 1876 an ausspricht, soweit nicht bestehende Pachtverträge einen späteren Termin nothwendig machen, ersucht sie zugleich den Senat, die Steuerdeputation zu beauftragen, darüber zu berathen und zu berichten, ob nicht durch Erhöhung resp. Ausdehnung der Steuern auf Pferde und Luftfuhrwerke, der durch diese Aufhebung entstehende Ausfall in den Staatseinnahmen wenigstens theilweise wieder gedeckt werden könne.

V. Cap. 2. Wirthschaftsabgabe.

Das Ueberhandnehmen namentlich kleinerer Bierwirthschaften und Schenklöcale verschiedener Art in der Stadt, den Hafenstädten und dem Landgebiete und

der dadurch ohne Zweifel im hohen Grade geförderten Gelegenheit zur Völlerei und deren nachtheiligen Folgen für die Moralität der Bevölkerung veranlaßt die Bürgerschaft zu beantragen:

Der Senat wolle in Erwägung nehmen, wie dem Ueberhandnehmen der Schenklocale in wirksamer Weise, namentlich durch eine höhere Besteuerung derselben unter Zugrundelegung verschiedener Classen entgegenzuwirken sei, und der Bürgerschaft eine diesem Zwecke entsprechende Gesetzentwurf zugehen lassen, eventuell aber eine Deputationsberatung über diesen Gegenstand veranlassen.

4. Andere Sporteln.

Die Bürgerschaft ist einverstanden damit, daß für diesen Posten *M.* 27,100 eingestellt werden.

VI. Cap. Eisenbahnen.

4. Lagerplatz in der Neustadt.

Die Bürgerschaft ersucht die Deputation für die Häfen und Eisenbahnen, die Lagerplätze auf dem Neustadtbahnhofe, nachdem die jetzige Pachtzeit abgelaufen, nicht wieder verpachten zu wollen. Ferner ersucht sie um Vorlage, sowie Kostenanschlag über Instandsetzung des Neustadtbahnhofes und Herstellung von zwei hölzernen Schuppen für an- und abgehende Güter, verbunden mit Zollabfertigungsräumen etc.

Sie spricht dabei den Wunsch aus, daß die Gebühren auf dem Neustadtbahnhofe mit denen auf dem Staatsbahnhofe gleichgestellt werden mögen.

8. Materiallager.

Die Bürgerschaft ist der Ansicht, daß für diesen Posten wohl *M.* 7000 eingestellt werden können.

VII. Cap. Schulgeld.

2. Volksschulen.

Die Bürgerschaft spricht den Wunsch aus, daß ein gleiches Schulgeld für alle entgeltliche Volksschulen eingeführt werde.

Ordentliche Ausgaben.

I. Cap. Gehalte.

Pos 4. Indem die Bürgerschaft nichts dabei zu erinnern findet, daß der Senat seine Anträge auf Vermehrung der Polizeidiener und Anstellung eines zweiten Beamten am statistischen Bureau zurückstellt, knüpft sie an die Bewilligung dieser Position hinsichtlich der in verschiedenen Specialbudgets zerstreuten Gehaltsätze für nicht pensionsberechtigte Beamten die Bemerkung, daß ihr dieselben an mehreren Stellen, namentlich bei den Kanzleien, mitunter zu hoch gegriffen erscheinen, und ersucht den Senat dahin zu sehen, daß bei diesen Ansätzen nicht über das Nothwendige hinausgegangen werde.

Zu Cap. IV. Schuldentilgung ist die Bürgerschaft einverstanden damit, daß die Quote für die zurückgezahlte $4\frac{1}{2}$ pSt. Goldanleihe abgesetzt werde.

Cap. V. Reich und Auswärtiges.

Bei der Herabsetzung dieser Posten, der Erklärung des Senats vom 29. Decbr. v. J. gemäß, findet die Bürgerschaft nichts zu erinnern.

Cap. VI. Unterricht.

Daß der Posten No. 1 Hauptschule dem Antrage des Senats gemäß um *M.* 7000 herabgesetzt werde und zwar unter Anwendung des sechsten der Schlufanträge des Senats in seiner Mittheilung vom 29. December ist der Bürgerschaft genehm, dagegen hält sie zu 7, Kirchspielschulen, eine Herabminderung des Anschlags um *M.* 5000 den Verhältnissen nach nicht für angemessen.

Zu 5. Volksschulen.

In Beziehung auf den im Specialbudget No. 46 unter A Freischulen enthaltenen Posten „Hausmiete“ *M.* 600 ersucht sie den Senat, die Schuldeputation mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob nicht durch eine veränderte Einteilung der Districte dieser Posten in Wegfall kommen könnte.

Zu 8 „Landschulen“ wünscht die Bürgerschaft, daß künftig in der Aufstellung des Specialbudgets die Aenderung getroffen werde, daß die für Gehaltssteigerungen und Einrichtung neuer Classen veranschlagte Summe nicht mehr unter III., sondern unter V. unter der Rubrik „für Gehaltssteigerungen, Einrichtung neuer Classen und verschiedene Ausgaben“ eingestellt werde.

Bei Reducirung des Postens 10, Stadtbibliothek, um M. 1250 findet die Bürgerschaft nichts zu erinnern.

VII. Cap. Polizeiliche Anstalten.

Zu Posten 1. „Polizeidirection“ ersucht die Bürgerschaft den Senat in Erwägung zu nehmen, ob es zur Beseitigung des Zeitverlustes und anderer Unzuträglichkeiten, welche das bauende Publicum bei der Benutzung des Büreaus der Baupolizei erleidet, sich empfehle, bei der außerordentlichen Zunahme der Arbeiten der Baupolizei das Bureau derselben statt wie bisher täglich 2 Stunden (von 11 bis 1 Uhr), fernerhin den ganzen Tag während der üblichen Bureaustunden für das bauende Publicum offen zu halten.

Zugleich spricht sie den Wunsch aus, die Polizeidirection möge ein Verbot dahin erlassen, daß schwer beladene Fuhrwerke durch die Friedrichstraße fahren.

Zu 2. „Gassenreinigung.“ Die Bürgerschaft setzt den im Specialbudget No. 52 sub 3 als künftig wegfallend bezeichneten Posten von M. 451 schon jetzt ab, da dieser Posten nach einer ihr gewordenen Mittheilung gegenstandslos geworden ist. Der Ansatz bleibt demnach M. 100,449.

Zugleich ersucht sie die Deputation, darauf zu halten, daß der mit dem Pächter abgeschlossene Contract von diesem auf das Strengste erfüllt werde.

Zu 4. „Löschanstalten“ genehmigt die Bürgerschaft den von der Deputation bei der Vorlage ihres Special Etats gestellten Antrag, für die Oberfeuer-männer und den ihnen gleichgestellten Telegraphisten dreimalige Alterszulagen auf Grund der durch den genehmigten Bericht vom 24. Febr. 1874 festgestellten Normalgehälter zu bewilligen.

Zu 8. „Strafanstalt“ genehmigt die Bürgerschaft die Anträge der Deputation in ihrem Berichte vom 9. November v. J., unter Beseitigung der Unterscheidung zwischen Aufsehern erster und zweiter Classe für alle Aufseher den von der Gehaltsdeputation für die zweite Classe empfohlenen Gehaltssatz „M. 800 bis 1200 nach Bestimmung der Deputation“ unter Beseitigung der Alterszulagen bis zu M. 1560 anzunehmen, unter Ermächtigung der Deputation, den verheiratheten Aufsehern Wohnungs- und Haushaltungszulagen bis zu M. 300 zu bewilligen.

Zugleich ertheilt die Bürgerschaft ihre Zustimmung zu dem vom Senate in seiner Mittheilung vom 22. Januar d. J. bereits genehmigten Antrage auf Herstellung eines Anschlußgleises der Strafanstalt unter Bewilligung der dafür veranschlagten Kosten.

12. Maß- und Gewichtswesen.

Bei diesem Posten ersucht die Bürgerschaft den Senat, Fürsorge dafür zu treffen, daß auch Bier, Wein und dergl. Getränke im Detailverkehr in geachtetem Maße verkauft werden müssen.

Da ferner über diesen Gegenstand nur ein Anschlag der Ausgabe vorliegt, die gewiß nicht unbeträchtlichen Einnahmen aber nirgends vermerkt sind, so ersucht sie den Senat ihr über die Verrechnung oder den Verbleib dieser Einnahmen nähere Auskunft ertheilen zu wollen.

Die vom Senat vorgenommenen Streichungen zu den Posten 1, 9 und 10 dieses Capitels hat die Bürgerschaft sich bemerkt.

VIII. Cap. Unterhaltung und Betrieb.

Von den Streichungen des Senats zu den Posten 1, 4, 7, 9, 10, 11, 14, 16, 17, 20, 21, 23, 24, 27, 28, 29 dieses Capitels hat die Bürgerschaft Notiz genommen und erklärt sich weiter wie folgt:

Zu Posten 1. „Öffentliche Gebäude.“ Die im Specialbudget No. 61 sub I. Titel 2 für vier Wappenfenster und vier Pfeilerpaneele ausgeworfenen M. 6000 und M. 1200 setzt die Bürgerschaft für dieses Jahr noch ab und ver-

mindert zugleich die sub I. Titel 4 für dergleichen einfach herzustellende Bauten sehr hoch gegriffenen Posten von resp. M. 4500, 750, 1000 und 4000 auf im Ganzen M. 6000. Auch streicht sie die sub IX. Titel 23 für Erneuerung der Polster im ersten Rang und im Sperrsiß ausgeworfenen Posten von M. 1500 als für dieses Jahr noch nicht erforderlich.

Indem sie sodann hinsichtlich der Form des Specialbudgets bemerkt, daß der sub IX. Tit. 20 a eingestellte Posten künftighin wohl richtiger unter I. Tit. 5 aufzunehmen sei, erklärt sie sich bezüglich des Antrags der Deputation, ihr die Uebertragbarkeit der einzelnen Posten ihres Specialbudgets innerhalb der betreffenden Titel zu gestatten, daß sie dies bei der vorgelegten Gestalt des Specialbudgets nicht genehm finden kann.

Sie will aber der Deputation insoweit entgegenkommen, daß sie ihr einräumt, die Position „für gewöhnliche Unterhaltung“ nicht mehr unter die verschiedenen Titel zu vertheilen, sondern dieselben sämmtlich mit der Position „für unvorhergesehene und größere Reparaturen“ in einen Posten zu vereinigen, jedoch unter der Beschränkung, daß dieselben von ihrem jetzigen hohen Betrage von M. 50,335 bedeutend herabgesetzt werden. Sie streicht daher sämmtliche einzelne Posten „für gewöhnliche Unterhaltung“, sowie gleichfalls den für unvorhergesehene und größere Reparaturen aus dem Specialbudget und stellt dafür unter Titel 29 XIX. für „gewöhnliche Unterhaltung und unvorhergesehene Reparaturen“ im Ganzen M. 40,000 ein, indem sie zugleich der Deputation empfiehlt, künftig ihr Budget mit dieser Aenderung in seiner Form aufzustellen.

Zu Pos. 9 Hafen in Bremerhaven genehmigt die Bürgerschaft die von der Deputation in ihrem Berichte vom 7. Novbr. v. J. beantragte Herabsetzung des Tarifs für Benutzung der Sheers.

Zu Pos. 17. Chaussees. Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr darin beizustimmen, daß bei den Begunterführungen unter der Eisenbahn an der Schwachhauser und Hastedter Chaussee zur Warnung für Fuhrwerke und Reiter beim Herannahen jedes Zuges ein Signal gegeben werde, und zwar sobald der in Fahrt befindliche Zug bei dem nächsten Wärterhäuschen anlangt.

Zu Pos. 23. „Öffentliche Grundstücke“ giebt in Betreff der sub XII. des Specialbudgets 77 für Inventar und Theaterwache stehenden Posten die Bürgerschaft anheim, dieselben künftig unter Cap. VIII. Pos. 1 einzustellen.

Zu Pos. 30. „Weinkeller“ genehmigt die Bürgerschaft dem Antrage der Deputation in ihrem Berichte vom 5. Februar d. J. entsprechend, die Erhöhung des Postens 3 im Specialbudget No. 83 um M. 200,000, mithin auf M. 400,000.

IX. Cap. „Büreaufkosten.“

Zu Pos. 5. „Criminalgerichtskanzlei.“ Für Beaufsichtigung der Kanzlei wird in das Specialbudget No. 90 noch ein Posten von M. 250 aufzunehmen sein.

Zu Pos. 13. „Einkommensteuer“ erklärt sich die Bürgerschaft mit der von der Steuerdeputation in ihrem Berichte vom 5. Februar beantragten Erhöhung dieses Postens auf M. 24,400 einverstanden.

X. Cap. „Gebiet und Hafenstädte.“

Zu Pos. 1. „Landherrnamt“ ist die Bürgerschaft mit dem Antrage resp. der Bemerkung des Senats einverstanden, wonach für diesen Posten M. 400 mehr, als veranschlagt, einzustellen sind.

XI. Cap. „Vermischte Ausgaben.“

Pos. 5. Zur Verfügung der Polizeidirection. Da unter Pos. 14 Remunerationen für Beamte M. 5000 veranschlagt sind, hält die Bürgerschaft diesen Posten von M. 830 für entbehrlich und streicht denselben.

Zu Pos. 6. „Bürgerschaft und Bürgeramt“ bemerkt die Bürgerschaft, daß sie einem Antrage der Handelskammer, vom 1. October d. J. an den Miethpreis für die gemietheten Localitäten auf M. 7500 zu erhöhen bewandten Umständen nach, hat zustimmen müssen, daß jedoch diese Erhöhung für das diesjährige Budget wohl noch nicht in Betracht kommen wird.

Außerordentliche Ausgaben.

Pos. 3. „Straßenbau.“ Außer den vom Senat bereits abgesetzten Posten sub II. 2 und 7, sowie sub III 7 und 8 des Specialbudgets No. 62 streicht die Bürgerschaft auch noch die sub II. 4, 5 und 6 daselbst ausgeworfene Posten für dieses Jahr.

Pos. 4. „Straßenverbreiterung“. Mit der Einstellung von M. 9935 für Verbreiterung der kleinen Allee in das Specialbudget No. 113 ist die Bürgerschaft einverstanden.

Pos. 17. „Straßen am Sicherheitshafen.“ Die Bürgerschaft setzt ihre Erklärung über diesen Posten noch aus und ersucht die Deputation zur Verwaltung der öffentlichen Grundstücke zunächst, und zwar sobald als möglich über die Aufhebung, oder eventuell die Verlegung des jetzigen Theermagazins zu berathen und zu berichten.

Indem die Bürgerschaft im Uebrigen das vorgelegte Budget in Einnahme und Ausgabe genehmigt, erklärt sie sich zugleich einverstanden damit, daß dem Antrage des Senats vom 29. Januar gemäß, den neu angestellten Kanzlisten des Obergerichts und des Erbe- und Handfestenamts die Gehaltsraten für Januar ausgezahlt werden, und der 1. Januar als Anstellungsdatum angenommen werde.
